

Der CDU-Europapolitiker Markus Pieper zum Brüsseler Corona-Fonds

„Wir Parlamentarier fordern ein Veto-Recht“

Von Elmar Ries

LADBERGEN. Stattliche 750 Milliarden Euro umfasst der europäische Wiederaufbau-fonds, den der Europäische Rat aufgelegt hat, um die ökonomischen Folgen der Corona-Krise abzumildern. 390 Milliarden Euro fließen als Zuschüsse, der Rest als Kredite. Klingt gut, klingt auch so, als sei es schon beschlossene Sache. Ist es aber lange noch nicht, sagt Dr. Markus Pieper, CDU-Europa-abgeordneter aus Lotte.

Die Europaparlamentarier möchten nämlich über alle Parteigrenzen hinweg mit der Zusage zweierlei verbinden: Dass die Hauptempfängerländer wie Spanien, Italien oder Frankreich das Geld nur erhalten, wenn sie es in Zukunftssparten investieren, mit ihm Reformen anschieben – und es in Osteuropa mehr mit dem Gedanken der Rechtsstaatlichkeit verbunden wird. „Kurzum, wir fordern ein Veto-Recht“, sagte Pieper am Donnerstag in Ladbergen.



Dr. Markus Pieper Foto: Ahlke

Das Parlament fährt selbstbewusst die Ellenbogen aus. Und hat dabei durchaus

Möglichkeiten. Der Corona-Fonds ist Teil des siebenjährigen, in Summe 1074 Milliarden Euro umfassenden Haushaltsplans, der ab 2021 gelten soll – und ohne den Segen des Parlaments nicht in Kraft tritt.

Dass das Rettungspaket Haushaltskürzungen in den modernen Politikfeldern wie Wissenschaft und Forschung sowie beim Umweltschutz zur Folge hat, passt den Parlamentariern auch nicht. Der auch von Pieper unterstützte Vorschlag lautet:

Nicht abgerufene Fördergelder umwidmen und damit die Zukunftsthemen finanziell wieder aufs vorherige Niveau hieven.

Von dem Geld des Aufbau-fonds kurzfristig profitieren wird auch Deutschland, so Pieper. Knapp 30 Milliarden Euro bekommt die Bundesrepublik daraus. Zur Wahrheit gehört aber auch: Deutschland zahlt im Gegenzug in den kommenden sieben Jahren rund zehn Milliarden Euro mehr in den EU-Topf – und das jährlich.